



Koschyks politische Korrespondenz

Politische Informationen aus erster Hand

1. Jahrgang • Ausgabe 1 • März 2006

Aktuell:

Wirtschaftsgipfel in Bayreuth	Seite 1
100 Tage Große Koalition	Seite 2
Buchvorstellung	Seite 3
Industrie setzt auf Deutschland	Seite 3
Koschyk bemüht sich um Fußball-WM-Event	Seite 3
Föderalismusreform	Seite 4
Familienförderung	Seite 4
Gemeinsame Allianz für das Telekom-Call-Center	Seite 5
JU Deutschlandrat	Seite 6
GA-Förderung	Seite 6
Breite Unterstützung für den Bundeswehrstandort	Seite 7
Vorbild für heimatverbundenen Unternehmertegeist	Seite 7
Biodiesel	Seite 8
Postversorgung im Wahlkreis	Seite 8
Unterstützung für EU-Beitritt Kroatiens	Seite 9
USA-Patenschaftsprogramm	Seite 10
Jahresempfang des BdV	Seite 10
Lösung bei Saisonarbeit	Seite 11
Brückensanierung Schnabelwaid	Seite 11
Schüler diskutieren	Seite 12



Antrittsbesuch von Bundeswirtschaftsminister Michael Glos in Oberfranken

Wirtschafts- und Politikvertreter im gemeinsamen Fachgespräch: Walter Nadler MdL, Hartmut Koschyk MdB, Manfred Nüssel, Präsident des Raiffaisenverbandes, Horst Eggers, HWK-Hauptgeschäftsführer, Bundesminister Michael Glos MdB, Kurt Seelmann, Präsident der HWK Oberfranken, IHK-Hauptgeschäftsführer Joachim Hunger, Bezirksrat und OB-Kandidat Dr. Michael Hohl, Landrat Dr. Klaus-Günter Diétel und Staatssekretär Dr. Joachim Wuermeling

Regionaler Wirtschaftsgipfel in Bayreuth

Michael Glos, der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, und Hartmut Koschyk, der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Bundestag, zwei Menschen, die sich schon lange kennen und gegenseitig schätzen. Deshalb war es für den Bundesminister selbstverständlich, dass er der Einladung von MdB Koschyk zu einem Meinungsaustausch mit über 100 regionalen Wirtschaftsvertretern gerne gefolgt ist. Hartmut Koschyk stellte als Gastgeber der Veranstaltung heraus, dass Minister Glos innerhalb der ersten einhundert Tage seiner Amtszeit bereits sichtbare Zeichen für Oberfranken gesetzt hat. Der Bayreuther Dr. Joachim Wuermeling wurde als Staatssekretär berufen und als Vorsitzender des Bund- und Länderplanungsausschusses zur regionalen Wirtschaftsförderung hat

Glos eine klare Entscheidung für die weitere Förderung Bayerns und Oberfrankens getroffen. Koschyk betonte, dass eine bestmögliche Berücksichtigung mit Fördermitteln der EU für die bei der GA-Förderung unberücksichtigten Teile Oberfrankens erfolgen müsse. Bundesminister Glos stellte den Wirtschaftsvertretern das Grundgerüst seiner Wirtschaftspolitik dar: Erst sanieren, dann reformieren und schließlich investieren. Als größte Herausforderung der Großen Koalition nannte Glos den Abbau der Arbeitslosigkeit. Weitere Aufmerksamkeit erfuhr der CSU-Oberbürgermeisterkandidat in Bayreuth, Dr. Michael Hohl, der die Gelegenheit des erlesenen Publikums nutzte, um die wirtschaftspolitischen Vorstellungen und Ideen seines Wahlprogramms vorzustellen. Michael Hohl dankte Hartmut Koschyk sehr herzlich für die Unterstützung in seinem Wahlkampf. Bundesminister Glos zeigte sich von Hohls Vorhaben im Falle seiner Wahl begeistert und ließ das Publikum wissen: „So einen Mann braucht eine Stadt wie Bayreuth als Oberbürgermeister!“

Große Koalition

100 Tage Große Koalition: Investieren, Sanieren, Reformieren

Sachlich, konzentriert und in einem kollegialen Klima hat sich das Kabinett unter Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel in den ersten 100 Tagen seiner Amtszeit daran gemacht, Deutschland wieder nach vorne zu bringen. Bei den Bürgerinnen und Bürgern kommt dieser Stil gut an.



Unerlässlich für den reibungslosen Ablauf im Parlament: Fraktionschef Volker Kauder stimmt sich mit den Parlamentarischen Geschäftsführern Norbert Röttgen und Hartmut Koschyk ab.

Die Menschen setzen großes Vertrauen in die Regierungskoalition und insbesondere in die Bundeskanzlerin. Jetzt kommt es darauf an, dieses Zukunftsvertrauen durch entschlossenes, stetiges und verlässliches Handeln weiter zu stärken. Dies will die Regierungskoalition durch Impulse für Wachstum, Beschäftigung und Innovation, verbesserte gesetzliche Rahmenbedingungen, die Konsolidierung des Bundeshaushaltes und Strukturreformen tun. Es gilt der Dreiklang aus Investieren, Sanieren und Reformieren. In den ersten drei Monaten ihrer parlamentarischen Arbeit hat die Koalition bereits eine ganze Reihe von Gesetzen verabschiedet, die ihrem Anspruch gerecht werden,



Der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe Hartmut Koschyk, Landesgruppenchef Dr. Peter Ramsauer und Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel ziehen nach 100 Tagen positive Bilanz der Großen Koalition

mit den richtigen Weichenstellungen auf die bestehenden Probleme zu reagieren:

- **Mit dem „Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung“ wurde ein wesentlicher Teil der Genshagener Beschlüsse konkret umgesetzt.**
- **Der Haushaltsentwurf für 2006 sieht eine Steigerung der Investitionen in Forschung und Entwicklung um 696 Mio. Euro gegenüber 2005 vor.**
- **Ein sehr wichtiges und positives Signal geht von der Einigung auf die große Föderalismusreform aus.**
- **Konsequente Haushaltskonsolidierung eröffnet Spielräume für strukturelle Reformen. Bereits im Dezember wurde eine ganze Reihe von finanzpolitischen Sofortmaßnahmen zur Konsolidierung der Staatsfinanzen verabschiedet. Mit einem Einsparvolumen von insgesamt rund 25 Mrd. Euro bis 2010 trägt das Paket maßgeblich dazu bei, die Verschuldung der öffentlichen Haushalte nachhaltig zu begrenzen.**
- **Die mittelständische Wirtschaft ist der „Job-Motor in Deutschland“. Zur Förderung des Mittelstandes werden bis 2009 zusätzlich rund 9,4 Milliarden Euro eingesetzt.**



*Liebe Mitbürgerinnen
und Mitbürger!*

Sehr herzlich grüße ich Sie mit der ersten Ausgabe von „Koschyks politischer Korrespondenz“.

Diese ist der Nachfolger des bisherigen „Bericht aus Berlin“ und soll Sie künftig sechsmal im Jahr über meine politische Arbeit in Berlin und für meinen Wahlkreis Bayreuth/Forchheim unterrichten. Ich hoffe sehr, dass Ihnen diese neue Gestaltung zusagt und wünsche Ihnen eine stets interessante und informative Lektüre.

Die Große Koalition hat unter Führung der Union einen glänzenden Start hingelegt. Seit dem Jahreswechsel deutet sich ein Stimmungsumschwung in Deutschland an: Die Prognosen für die wirtschaftliche Entwicklung werden deutlich besser. Die Zuversicht bei Unternehmen und Verbrauchern steigt. Im Februar war die Stimmung in der deutschen Wirtschaft laut Ifo-Geschäftsklimaindex so gut wie seit fast 15 Jahren nicht mehr. Die ersten Gesetze für mehr Wachstum und Beschäftigung sind auf den Weg gebracht. Nach diesem hervorragenden Start dürfen wir uns jedoch nicht ausruhen, sondern müssen konsequent und engagiert für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands arbeiten. Die Bundeskanzlerin hat dabei die volle Unterstützung von CDU und CSU. Als Ihr direkter gewählter Bundestagsabgeordneter ist es mein Ziel, die notwendigen Reformen im Parlament entschieden voranzubringen und sie der Bürgerschaft so zu vermitteln, dass Vertrauen und Zustimmung der Menschen erhalten bleiben.

Ich wünsche ich Ihnen nun viel Freude mit der Premierenausgabe von „Koschyks politischer Korrespondenz“ und verbleibe

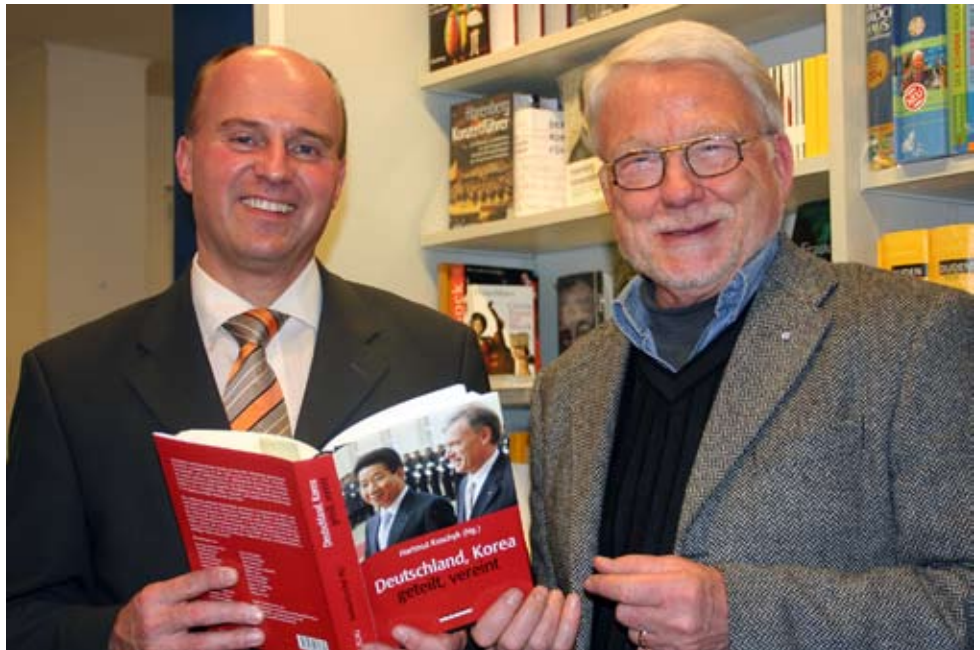
Der Hartmut Koschyk

Deutschland, Korea – geteilt, vereint

Buchvorstellung in der Markgrafenbuchhandlung Bayreuth

Das Jahr 2005 war in Deutschland offizielles „Koreajahr“. Ein Jahr, das die Beziehungen zweier Länder auf besondere Weise würdigt, die weit mehr gemeinsam haben, als es auf den ersten Blick scheint. In diesem Rahmen war Korea im vergangenen Jahr Schwerpunktland und Mitgastgeber der Frankfurter Buchmesse. Nachdem Hartmut Koschyk bereits seit 1998 Vorsitzender der Deutsch-Koreanischen Parlamentariergruppe im Bundestag ist und seit 2003 Präsident der Deutsch-Koreanischen Gesellschaft, trug er maßgeblich zu dieser Schwerpunktsetzung bei. Anlässlich der Frankfurter Buchmesse 2005 entschied sich Hartmut Koschyk zur Herausgabe seines Buches „Deutschland, Korea – geteilt, vereint“. In Frankfurt veröffentlicht, präsentierte der Abgeordnete sein Werk nun Anfang Februar in Bayreuth der Öffentlichkeit.

Auf Einladung von Rolf J. Geilenkirchen gab Koschyk den Zuhörern in der Markgrafen-Buchhandlung Einblick in die Welt der deutsch-koreanischen Zusammenarbeit, die Entwicklung ihrer Beziehungen und die Besonderheiten des Buches. Koschyk führte dazu aus: „Das schmerzliche Erlebnis der Teilung des Vaterlandes ist eine Erfahrung, die Deutschland und Korea in besonderem Maße verbindet.“ In seinem Buch befinden sich neben Grußworten von Bundespräsident Horst Köhler und des Präsidenten der



MdB Hartmut Koschyk zusammen mit dem Geschäftsführer der Markgrafenbuchhandlung, Rolf J. Geilenkirchen, bei der Vorstellung von „Deutschland, Korea - geteilt, vereint“

Republik Korea, Roh Moo-hyuen, Beiträge herausragender Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft wie Bundesminister a.D. Otto Schily, Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber oder auch Dr. Heinrich v. Pierer, dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Siemens AG. Mit seinem Buch möchte Hartmut Koschyk einen Einblick in die erstaunliche Vielfalt, Intensität und Qualität der Bezie-

hungen in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Kultur bieten.

Das Buch „Deutschland, Korea – geteilt, vereint“ ist im OLZOG Verlag München erschienen. Es umfasst 339 Seiten und ist unter der ISBN 3-7892-8173-5 im gut sortierten Fachhandel zu finden.



Industrie setzt wieder auf Deutschland

Die deutsche Industrie hat ihre Wertschöpfung im Inland vergangenes Jahr so stark ausgeweitet wie seit dem Boomjahr 2000 nicht mehr.

Das geht aus den veröffentlichten Details zur Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes (BIP) 2005 hervor. Danach lag die Leistung der Industrie im vierten Quartal um 4,6 Prozent höher als Ende 2004. Der deutliche Anstieg widerspricht gängigen Befürchtungen, wonach die deutsche Industrie aus Kostengründen nur noch im Ausland Wert schöpft und im Inland zur Schrumpfung verdammt ist.

„Deutschland ist ein attraktiver Standort für die Industrie“, erklärte Michael Hüther, der Präsident des Instituts der deutschen Wirtschaft.

Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland

Koschyk bemüht sich um Fußball-Event in Bayreuth

Hartmut Koschyk ist fußballbegeistert und eng mit dem Sport in seiner Region verbunden. Selbstverständlich ist er auch Besucher der Heimspiele der Spielvereinigung Bayreuth. Schon deshalb hat sich Hartmut Koschyk in die Bemühungen eingeschaltet, Bayreuth doch noch zu einem Event im Rahmen der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 zu verhelfen. Unter anderem hat er diesbezüglich ein Gespräch mit dem zuständigen Verantwortlichen des FIFA WM-Organisationskomitees in Frankfurt, Helmut Sandrock, geführt.

Die Ergebnisse: Im Abseits steht Bayreuth leider bei der Chance, doch noch Standort einer ausländischen WM-Teilnehmermannschaft zu werden. Im Spiel sind die Stadt Bayreuth und die SpVgg aber noch bei der Möglichkeit, ein Trainingsspiel gegen eine ausländische WM-Teilnehmermannschaft auszurichten. Hartmut

Koschyk hat dem engagierten Präsidenten der Spielvereinigung Bayreuth, Heinz Wicklein, über seine Bemühungen unterrichtet und hofft sehr, dass durch eine mögliche Begegnung einer WM-Teilnehmermannschaft mit der Spielvereinigung Bayreuth doch noch ein Fußball-WM-Event in Bayreuth stattfinden könnte.



Föderalismusreform

Die große Staatsreform: klare Zuständigkeiten – schnelle Entscheidungen

Bund und Länder haben sich auf die Umsetzung der sogenannten Föderalismusreform und damit der bedeutendsten Verfassungsreform in der Geschichte des Grundgesetzes geeinigt. „Dies ist ein großer Erfolg und ein Beweis für die Reformfähigkeit der Großen Koalition“, unterstrich MdB Koschyk und fügte hinzu: „Mit der Entflechtung der Zuständigkeiten von Bund und Ländern wird die Handlungsfähigkeit unseres Staates erheblich gestärkt.“ Alle Seiten - Bund, Länder und die Kommunen profitieren von

der Einigung. Die Reform führt zu mehr Gestaltungsmöglichkeiten im Bund und den Ländern. Beide Seiten können künftig schneller handeln. Es gibt mehr Klarheit in der Abgrenzung von Verantwortung und Zuständigkeiten im deutschen Bundesstaat. „Es ist entscheidend für unsere Demokratie, dass die Bürgerinnen und Bürger wissen, welche Ebene eine Entscheidung zu verantworten hat“, so Koschyk.



Die wichtigsten Punkte der Reform

Schnellere und durchschaubare Gesetzgebung:

Die Rechte des Bundestages werden gestärkt. Dadurch können Gesetze schneller erlassen werden. Bundesgesetze werden künftig nicht mehr wie bisher von der Zustimmung des Bundesrates abhängen. Bislang war ein Bundesgesetz schon dann zustimmungspflichtig, wenn der Bund für die Länder verbindliche Verfahrensregelungen hineinschrieb. In Zukunft können die Länder davon abweichen. Zustimmungsgesetze werden von jetzt 60 Prozent auf rund 35 bis 40 Prozent reduziert.

Mehr Rechte für das Bundeskriminalamt – Stärkung der Terrorabwehr:

Der Bund erhält neue Zuständigkeiten zur Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus durch das Bundeskriminalamt.

Neue Bundeskompetenz:

Der Bund ist neuerdings für das Melde- und Ausweiswesen, den Schutz deutschen Kulturgutes gegen Abwanderung in das Ausland, das Waffen- und Sprengstoffrecht, das Kriegsfolgenrecht und die Kernenergie allein zuständig.

Bessere Europatauglichkeit: Auch im Verhältnis zur Europäischen Union werden die Zuständigkeiten und Finanzverantwortlichkeiten des Bundes und der Länder klarer und deutlicher abgegrenzt. Das macht die bundesstaatliche Ordnung in Deutschland effektiver, weil notwendige Entscheidungen schneller umgesetzt werden können.

Neuordnung der Bildungskompetenzen: Die Länderrechte auf diesem Gebiet werden erheblich gestärkt. Die Länder können durch die Abschaffung der Rahmenkompetenz des Bundes auch den Hochschulbereich weitgehend selbst regeln. Einzige Ausnahme: Der Bund erhält eine neue Kompetenz zur Regelung der Hochschulzulassung und der Hochschulabschlüsse.

Mehr Schutz für die Kommunen: Den Kommunen dürfen per Bundesgesetz künftig keine Aufgaben und damit Kosten übertragen werden.

Verpflichtung zur Haushaltsdisziplin:

In einem neuen Grundgesetzartikel wird die gemeinsame Verpflichtung von Bund und Ländern zur Haushaltsdisziplin festgelegt. Etwaige Sanktionszahlungen an die EU trägt der Bund zu 65 Prozent, die Länder zu 35 Prozent.

Weitere Länderrechte:

Die Länder erhalten neue Kompetenzen für das Demonstrationsrecht, den Strafvollzug, das Notarrecht, das Heimrecht, das Pflegebedürftige und ihre Angehörige betrifft sowie das Ladenschluss- und das Gaststättenrecht.

Wer bestellt, bezahlt!: Der Bund darf Aufgaben künftig nicht mehr direkt auf die Gemeinden, Städte und Kreise übertragen. Die Länder regeln damit künftig das Verhältnis zu den Kommunen. Damit schützt das Konnexitätsprinzip der Landesverfassungen die Kommunen auch im Bereich der Bundesgesetze.

Familienförderung

Familienpolitik ist Zukunftsgestaltung

Für CDU und CSU ist und bleibt die Familie die Keimzelle unserer Gemeinschaft. Die auf Dauer angelegte Ehe ist dabei die beste Grundlage dafür, dass Frau und Mann partnerschaftlich füreinander und als Mutter und Vater für ihre Kinder Verantwortung übernehmen. Deshalb ist die Familie wie keine andere Gemeinschaft eine tragende Säule

unseres Zusammenlebens. Der Zusammenhalt in den Familien ist eine zentrale Grundlage für die Solidarität und die Stabilität eines Volkes. Gerade das christliche Menschenbild, das Grundlage des politischen Handelns der Union ist, gebietet den besonderen Schutz und die Förderung von Ehe und Familie. Von diesen Prämissen war auch

die Position der Union in der Debatte um die steuerliche Berücksichtigung von Kinderbetreuungskosten getragen. Ein großer Erfolg war hierbei, dass auch Familien, bei denen ein Elternteil nicht erwerbstätig ist, zukünftig Kinderbetreuungskosten steuerlich geltend machen können. Zudem wird im Rahmen der Umsetzung des Elterngeldes im Jahr 2007 eine noch weitergehende Einbeziehung von Alleinverdienerfamilien geprüft.

Fortsetzung auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

Der Kompromiss im Einzelnen:

Für alle Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren können je Kind Kinderbetreuungskosten in Höhe von 2/3 der anfallenden Kosten, höchstens 4.000 Euro, steuerlich geltend gemacht werden. In den anderen Altersgruppen bis zu 14 Jahren können in den Fällen, in denen beide Eltern erwerbstätig sind (oder bei erwerbstätigen Alleinerziehenden), 2/3 der anfallenden Kinderbetreuungskosten,

höchstens 4.000 Euro, steuerlich als Werbungskosten geltend gemacht werden. Ist in dieser Altersgruppe ein Elternteil erwerbstätig, können Kosten, die für eine Betreuung im Haushalt anfallen, über die Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen geltend gemacht werden. Das betrifft sowohl ein Beschäftigungsverhältnis im Haushalt (z.B. bis zu 2.400 Euro Abzug von der Steuer-schuld bei einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis), als auch die Inanspruchnahme einer haushaltsnahen Dienstleistung (z.B. über eine Dienstleistungsagentur 20% der Aufwendungen, maximal 600 Euro Abzug von der Steuer-

schuld).



Die Familie ist der Grundstein für unsere Gesellschaft

Gemeinsame Allianz für den Erhalt des Telekom-Call-Centers in Bayreuth

Koschyk spricht sich mit Nachdruck gegen Schließung aus

Auf die Telekom-Bekanntgabe der Schließung von 45 Call-Centern in Deutschland im Rahmen von Neustrukturierungsmaßnahmen, darunter auch das Call-Center in Bayreuth, reagierte der Bayreuther Bundestagsabgeordnete Hartmut Koschyk mit aller Deutlichkeit. Er forderte den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Telekom, Kai-Uwe Ricke, in einem Brief dazu auf, bei der Verlautbarung „betriebsbedingte Kündigungen werde es nicht geben“ unbedingt Wort zu halten. Laut Koschyk dürfe dies nicht nur für das grundsätzliche Angebot der Weiterbeschäftigung gelten, sondern müsse auch für die Art des Angebots eingehalten werden. Koschyk betonte: „Das Unternehmen muss hier unbedingt mit Augenmaß und im Sinne seiner sozialen Verantwortung gegenüber seinen Beschäftigten vorgehen.“ Um sich ein fachkundiges und umfassendes Gesamturteil bilden zu können, lud Koschyk kurz darauf zusammen mit Bezirksrat Dr. Michael Hohl zu einem gemeinsamen Gespräch mit Vertretern der Kommunikationsgewerkschaft DPVKom ein. Die Vertreter legten in dem Gespräch insbesondere die dramatischen Auswirkungen einer Schließung für die hauptsächlich beschäftigten Frauen dar. Bedeutungsvoll: 57 von 70 Mitarbeitern in Bayreuth sind Frauen. Gemeinsam mit den Gewerkschaftsvertretern stellten Hohl und Koschyk heraus, dass das Zusammenwirken mehrerer Faktoren die Stichhaltigkeit eines wirklichen Fortschritts im Sinne des Kunden aufgrund der geplanten Neustrukturierungen stark in Frage stellt. „Nach Auskunft des Betriebsrates schnitt die Privatkunden Niederlassung Süd, zu der das Bayreuther Call-Center gehört, bisher in allen Vergleichstests hervorragend ab.“, so Koschyk. Der Abgeordnete unterstrich die Befürchtung, dass hier bloße Effizienz-Rhetorik vorgeschoben werde mit der Aussage,



Fachgespräch über den Fortbestand des Telekom-Call-Centers in Bayreuth: Bezirksrat und OB-Kandidat Dr. Michael Hohl und MdB Koschyk mit Verbandsvertretern des Bundes- und Landesverbandes der DPVKom

dass die Telekom mit ihrem Vorgehen entscheidende Erfolgsfaktoren wie Kundenzufriedenheit, Mitarbeitermotivation und Flexibilität aufs Spiel setze. Die Gewerkschaftsvertreter betonten hierzu, dass der zurzeit hohe Anteil an Schicht- und Wechseldiensten genau diese Flexibilität garantiere. Dass es Hohl und Koschyk ernst meinen, unterstrichen sie mit ihrer Unterschrift bei einer Aktion der Gewerkschaft ver.di gegen die Schließung des Call-Centers vor dem T-Punkt in Bayreuth. Eine weitere Maßnahme ist die gemeinsame Resolution Koschyks mit allen CSU-Bundestagsabgeordneten, deren Wahlkreise von Schließungen betroffen sind. Mit Nachdruck appellierte die gemeinsame Allianz, zu deren Unterzeichnern auch Bundesminister Horst Seehofer gehört, an Telekomchef Ricke. Zudem war der von der Telekom geplante Umbau der Call-Center-Strukturen und die damit

verbundene Schließung des Call-Centers Bayreuth am 13.03.06 Gegenstand von Gesprächen in der CSU-Landesgruppe im Bundestag. Der Bereichsvorstand Marketing und Vertrieb der T-Com, Herr Achim Berg, legte den Abgeordneten die Pläne des Unternehmens dar und stand Rede und Antwort. Koschyk nahm dies zum Anlass, nochmals direkt gegenüber Telekomchef Ricke für den Erhalt des Call-Centers Bayreuth zu werben. Eindringlich appellierte Koschyk auch im Namen des CSU-Kandidaten für die Bayreuther OB-Wahl, Dr. Michael Hohl, des Landtagsabgeordneten Walter Nadler und des Fraktionsvorsitzenden der CSU-Stadtratsfraktion, Herrn Prof. Dr. Werner Grüninger, an Ricke, die Schließung nochmals zu überdenken. Der Abgeordnete forderte Telekomchef Ricke nochmals auf, alle Optionen für den Erhalt des Call-Centers Bayreuth sorgfältigst zu prüfen.

Deutschlandrat der Jungen Union in Bayreuth

Koschyk: Junge Generation erwartet zu Recht verlässliche Politik der Erneuerung

Zweimal im Jahr trifft sich der JU-Deutschlandrat, das zweithöchste Gremium des Bundesverbandes der Jungen Union. Diesen März fand das Treffen in Bayreuth statt.

Hartmut Koschyk ist stets verlässlicher Partner der Jungen Union, das beweist er auch als Kreisvorsitzender der CSU im Landkreis Bayreuth. Eine starke und muntere Junge Union ist nach Auffassung von Hartmut Koschyk Motor der CSU. Er hat deshalb die Einladung des Deutschlandrats zur Auftaktrede der Tagung in Bayreuth sehr gerne angenommen.

Hartmut Koschyk ermunterte die JU'ler aus dem gesamten Bundesgebiet, anzupacken statt zuzuschauen. „Zu Recht drängen Sie auf aktive Mitwirkung und eine verlässliche Politik nachhaltiger Erneuerung!“, sagte Hartmut Koschyk in seiner Rede und unterstrich, dass zu einer verlässlichen Politik der Erneuerung vor allem eine nachhaltige Finanzpolitik gehört.

Wörtlich führte Hartmut Koschyk in seiner Rede aus: „Die in den letzten Jahren sprung-

haft angestiegene Staatsverschuldung ist eine schwere Zukunftshypothek und hat die Spielräume für politische Zukunftsgestaltung zunehmend eingeengt. Dieser verhäng-

nisvolle Trend muss dringend umgekehrt werden. Dass sich eine entschlossene Rückführung der Neuverschuldung und eine Stärkung der Innovationskraft in Einklang bringen lassen, zeigt das CSU-regierte Bayern, das 2006 als erstes Land ohne neue Schulden auskommt. Bei der Erneuerung unseres Landes muss es sozial gerecht zugehen. Alt und Jung dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.“



Beim Empfang in der Orangerie der Eremitage anlässlich des JU-Deutschlandrat: JU-Chef Philipp Mißfelder MdB, die oberfränkische JU-Bezirksvorsitzende Kathrin Gwosdek und Hartmut Koschyk MdB

GA-Förderung

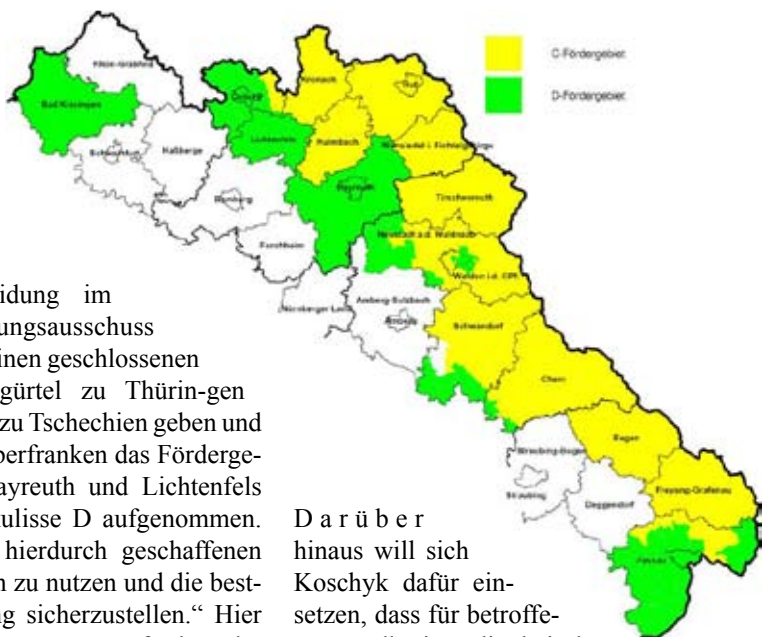
Kahlschlag West verhindert! Jetzt bestmögliche Förderung Oberfrankens sicherstellen

Der Planungsausschuss der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) hat sich unter Vorsitz von Bundeswirtschaftsminister Michael Glos darauf geeinigt, dass eine Kürzung der GA-Mittel solidarisch anteilig auf die West- und Ostländer verteilt werden soll. Sechs Siebtel der Kürzungen sollen auf den Osten, ein Siebtel auf den Westen entfallen.

„Dies ist ein großer Erfolg“, so Koschyk. „Damit konnte der Kahlschlag im Westen abgewendet werden!“ Koschyk hatte sich vehement gegen eine einseitige Kürzung der GA-Mittel zu Lasten des Westens eingesetzt. Er begrüßt ausdrücklich, dass der Beitrag der GA zur Haushaltskonsolidierung in solidarischer Weise von den neuen und alten Bundesländern gemeinsam erbracht werden soll. Die Entscheidung trägt der gesamtdeutschen Wirklichkeit 16 Jahre nach der Wiedervereinigung Rechnung. Auch in den alten Bundesländern gibt es strukturschwache Regionen, die wie die neuen Bundesländer der Unterstützung bedürfen. Die endgültige Entscheidung, in welcher Höhe

die GA-Mittel zur Haushaltskonsolidierung gekürzt werden, wird in den Haushaltsberatungen im Bundestag getroffen.

Mit der Entscheidung im Bund-Länder-Planungsausschuss wird es in Bayern einen geschlossenen Grenzfördergebietsgürtel zu Thüringen und Sachsen sowie zu Tschechien geben und zudem wurde in Oberfranken das Fördergebiet vergrößert. Bayreuth und Lichtenfels wurden in Förderkategorie D aufgenommen. „Nun gilt es, die hierdurch geschaffenen Möglichkeiten auch zu nutzen und die bestmögliche Förderung sicherzustellen.“ Hier ist auch der Freistaat Bayern gefordert, der voraussichtlich rund 9,5 Millionen Euro Fördergelder pro Jahr vom Bund erhalten wird, und in dessen Entscheidung es liegt, inwieweit entsprechende Fördermittel in diese Region fließen.



Darüber hinaus will sich Koschyk dafür einsetzen, dass für betroffene Landkreise, die bei der GA-Förderung nicht in vollem Umfang berücksichtigt wurden, die Möglichkeiten der EU-Förderung umfassend genutzt werden. „Ein zu starkes Fördergefälle muss verhindert werden!“ so Koschyk.

Koschyk, Stoiber und Schmidt gemeinsam für Erhalt der Bundeswehr in Bayreuth

Die Unterstützung für den Bundeswehrstandort Bayreuth ist breit aufgestellt

Durch den wiederholten und engagierten Einsatz des Bayreuther Bundestagsabgeordneten Hartmut Koschyk scheint die gemeinsame Anstrengung aller politischen Ebenen für den Verbleib aktiver militärischer Kräfte in Bayreuth ein gutes Stück vorangebracht worden zu sein. Vielfältige



Hartmut Koschyk im Interview mit dem Bayerischen Rundfunk vor der Markgrafenkaserne

Unternehmungen des heutigen Parlamentarischen Geschäftsführers der CSU-Landesgruppe im Bundestag führten dazu, dass begründet neue Hoffnung für das Verteidigungsbezirkskommando in Bayreuth besteht. Im Dezember 2005 lud Koschyk den neuen Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Christian Schmidt MdB, zu einem Fachgespräch in die Markgrafenkaserne nach Bayreuth

ein. Gemeinsam mit Vertretern der Bundeswehr und der angrenzenden Bundespolizei, Christian Wedlich, dem Geschäftsführer der Wedlich-Logistikgruppe sowie MdL Walter Nadler und Bezirksrat Dr. Michael Hohl stellte Koschyk Christian Schmidt ein zukunftsträchtiges Gesamtnutzungskonzept vor, bestehend aus der Aufrechterhaltung der Bundeswehrpräsenz, eines Zusammenwirkens mit der benachbarten Bundespolizei und der Etablierung eines Logistikparks.

Kurz darauf wird auch der Bayerische Rundfunk auf die Frage nach der Zukunft des Bundeswehrstandortes aufmerksam. Im Interview in der BR-Abendschau kann Hartmut Koschyk seine Forderung erneuern, durch eine Bundeswehreinrichtung in Bayreuth auch künftig die zivil-militärische Zusammenarbeit (ZMZ) in Nordbayern zu gewährleisten. Das Schlüsselwort „ZMZ“ beschreibt Koschyk dabei als konkrete Einbindung von Reservisten bei Einsätzen in Folge von Großschadenslagen wie Naturkatastrophen oder möglichen terroristischen Anschlägen. MdB Koschyk weist im Bayerischen Fernsehen auf das große Potenzial von alleine 18.000 Reservisten in Oberfranken hin, die durch eine derartige Einrichtung auch in Zukunft mit Hilfe von Reserveoffizieren und aktiven Soldaten geführt, aus- und fortgebildet sowie moti-

viert werden können.

Anders als die rot-grüne Regierung sieht die neue Bundesregierung eine stärkere Einbeziehung von Reservisten bei Heimatschutzaufgaben vor.

Dies nahm jüngst der Bayerische Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber zum Anlass, sich gegenüber dem Bundesverteidigungsminister Dr. Franz-Josef Jung für den Verbleib aktiver Kräfte in Bayreuth einzusetzen. Er appellierte an den Bundesminister, die Entscheidung aus der rot-grünen Vorgängerregierung zu überdenken. „Im Ringen um die Zukunft des Standortes fügt sich die Initiative Edmund Stoibers hervorragend in die Reihe der gemeinsamen Anstrengungen ein.“, so Hartmut Koschyk. Er betont weiter: „Nach dem Besuch von Christian Schmidt, ist der Einsatz von Edmund Stoiber ein großartiges Signal der Geschlossenheit für den Erhalt unseres Bundeswehrstandortes.“

Um die gemeinsamen Anstrengungen auf kommunal-, landes- und bundespolitischer Ebene zu unterstreichen, wandte sich auch Koschyk selbst an den Verteidigungsminister. Koschyk wies in seinem Schreiben abermals auf die stimmigen Konzepte hin, bekräftigte die mögliche Perspektive des Standortes Bayreuth und warnte vor mangelnder Sicherstellung effektiver zivil-militärischer Zusammenarbeit, falls das Verteidigungsbezirkskommando aufgegeben würde.

Koschyk: Roland Pöhl ist Vorbild für heimatverbundenen Unternehmergeist

Beim Spatenstich für den Betriebsneubau der Umwelttechnik Pöhl (utp) in Seybothenreuth hat MdB Hartmut Koschyk gemeinsam mit Landrat Dr. Klaus-Günter Dietel die unternehmerische Eigeninitiative des Firmeninhabers Roland Pöhl als „beispielhaft“ bezeichnet. Rund 1,5 Mio. Euro wird Pöhl ohne irgendeine Förderzusage in den Neubau eines Betriebsgebäudes im Gewerbegebiet Seybothenreuth investieren. Das seit 2002 bestehende Unternehmen stellt hochqualitative Kleinkläranlagen her und exportiert europaweit. Mit drei Mitarbeitern begann das Unternehmen, das 2008 über eine Zahl von 38 Mitarbeitern plant. Koschyk hatte Pöhl dabei unterstützt, das Grundstück, auf dem der Betriebsneubau vorgesehen ist, von der öffentlichen Hand zu erwerben. Zunächst befand es sich im

Eigentum der Bayerischen Straßenbauverwaltung, die auf Koschyks Bitte hin das Grundstück an die Bundesvermögensverwaltung übertragen hat, von der Pöhl es dann zu einem „mittelstandsfreundlichen“ Preis erwarb. Auch hierbei unterstützte ihn Koschyk tatkräftig. Auch Landrat Dr. Dietel hatte sich persönlich dafür eingesetzt, dass die Bebauung auf dem betreffenden Grundstück möglich wurde und hat in einer Rekordzeit die Teilbaugenehmigung erteilt. Koschyk und Dietel würdigten die Heimatverbundenheit und Standorttreue von Pöhl. Koschyk sagte wörtlich: „Hätten wir mehr Unternehmer

mit der Standorttreue und der Heimatverbundenheit, der Durchsetzungsfähigkeit und dem Wagemut Pöhls, sähe es in unserer Region anders aus, was Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze angeht!“



Freude beim Spatenstich für den utp-Neubau in Seybothenreuth

Biodiesel

Biodiesel muss auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleiben!

„Der wachsende Biokraftstoffmarkt darf nicht durch möglicherweise überzogene Steuerpläne gefährdet werden!“ so die klare Forderung von Hartmut Koschyk seit bekannt werden der Pläne von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück zur Besteuerung von Biokraftstoffen. Ein erster Erfolg im Sinne dieser Forderung konnte bereits errungen werden. Anders als im ersten Entwurf des Bundesfinanzministers bleibt nach dem vom Bundeskabinett am 15.03.2006 verabschiedeten Entwurf des Energiesteuergesetzes die Verwendung von Biokraftstoffen in der Land- und Forstwirtschaft vollständig steuerbefreit. Dieses ist nicht zuletzt dem beharrlichen Einsatz von Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer und der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag zu verdanken. Dem nun vom Bundeskabinett verabschiedeten Gesetzentwurf zufolge soll Biodiesel in reiner Form ab dem 1.8.2006 mit 10 Cent je Liter und Pflanzenöle mit 15 Cent je Liter besteuert werden. In Mischungen mit fossilen Kraftstoffen soll der Biodieselanteil mit einer Steuer von 15 Cent je Liter belegt werden.

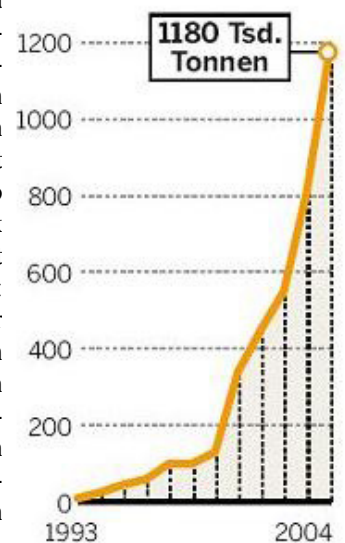
„Die weitere Steuerbefreiung für die Landwirtschaft ist ein sehr guter Schritt in die

richtige Richtung“, so Hartmut Koschyk, „aber ich sehe hier noch weiteren Nachbesserungsbedarf.“ Das derzeitige Konzept müsse in den parlamentarischen Beratungen unter stärkerer Berücksichtigung der landwirtschaftlichen und ökologischen Bedeutung von Biokraftstoffen weiter verbessert werden. „Unbedingtes Ziel muss es sein, einen möglichst hohen Anteil CO²-neutraler Kraftstoffe sowie möglichst viel Wertschöpfung im eigenen Land zu erreichen“, unterstreicht Koschyk seine Forderung. „Dies muss auch für die Ausgestaltung der geplanten Beimischungsquote für Biokraftstoffe gelten“, betont der Abgeordnete. Nach Angaben des Bundesfinanzministeriums wird es voraussichtlich zum 01. Januar 2007 hierzu ein weiteres Gesetz geben.

Biokraftstoffe zeichnen sich durch einen weitgehend geschlossenen CO²-Kreislauf aus und liefern dadurch einen wichtigen Beitrag für eine nachhaltige Energiewirtschaft. Durch die Nutzung einheimischer Rohstoffe gelingt es zudem, Wertschöpfung in der Region zu belassen und die Abhängigkeit von Energieimporten zu reduzieren. Deshalb muss insbesondere auch vor dem Hintergrund des Koalitionszieles, den Anteil der

Biokraftstoffe bis zum Jahr 2010 auf 5,75% zu steigern, die vorgesehene Besteuerung nachgebessert werden. „Die zur Vermeidung von Überkompensationen gesetzlich vorgeschriebene Besteuerung von Biokraftstoffen muss so ausgestaltet sein, dass das Entwicklungs-

potential dieser jungen und innovativen Technik auch weiterhin gewahrt bleibt“, so Koschyk und fügt hinzu: „Hierfür werde ich mich in den jetzt bevorstehenden parlamentarischen Beratungen einsetzen.“

Biodieselabsatz
in Deutschland

Quelle: Verband der Deutschen Biokraftstoffindustrie

Veränderungen der Postversorgung in Warmensteinach, Bindlach und Unterleinleiter

„Die Post muss endlich ein tragfähiges Gesamtkonzept für die Region vorstellen“

Die Deutsche Post will sich bis Jahresende von 200 ihrer rund 5400 Filialen trennen. Leider sind auch immer wieder Standorte des Bundeswahlkreises von MdB Hartmut Koschyk betroffen. Der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Bundestag setzte sich in den ersten Monaten dieses Jahr bereits mehrfach für einzelne Standorte ein und kündigte an, dies auch weiter zu tun: „Die Post darf nicht glauben, dass Einschnitte in Service, Verfügbarkeit und Kundenorientierung stillschweigend hingenommen werden.“

In diesem Zusammenhang reagierten Koschyk und der 1. Bürgermeister der Gemeinde Bindlach, Hermann Hübner, mit großem Unverständnis auf das Vorhaben der Deutschen Post, die Postfiliale an der Raiffeisenstraße in Bindlach wegzurationalisieren. „Es ist schon sehr fragwürdig, dass die Post bereits die Schließung ihrer Filialen verkündet, bevor überhaupt eine

Lösung für die zukünftige Form der Postdienstleistungen gefunden ist“, kritisierten Koschyk und Hübner. Sie stellten gemeinsam fest, eine entlegene Filiale am Ortsrand wäre



eine Zumutung und würde auf ihren entscheidenden Widerstand treffen.

Jedoch: Es gibt auch Positives zu vermelden: Der Regionalbeauftragte der Post AG,

Maximilian Mittermeier, teilte gegenüber Hartmut Koschyk mit, dass Warmensteinach künftig wieder eine Post-Service-Filiale erhalte. Mit der Einschränkung des Wegfalls des Bankgeschäftes, könne die Filiale Anfang April ihren Betrieb aufnehmen, „wenn alles glatt läuft“. In Unterleinleiter hingegen, will die Post ein neues Filialformat namens „Postpoint“ testen. Diese Verkaufsstellen sollen eine Ergänzung des derzeitigen Filialnetzes darstellen und rund 80 Prozent der Privatkunden-Nachfrage abdecken: Erwerb von Briefmarken-Sets, Paketmarken, Pluspäckchen und Packsets. Außerdem könne man bereits frankierte Briefe, Päckchen und Pakete abgeben. Hartmut Koschyk begrüßte dieses Modellvorhaben, gab allerdings gleichzeitig zu bedenken, dass dieses ergänzende Format keinesfalls bestehende Filialen mit vollen Postdienstleistungen verdrängen dürfe.

Kroatien

Koschyk bekräftigt CSU-Unterstützung für EU-Beitritt Kroatiens

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Hartmut Koschyk MdB, hat bei hochrangigen politischen Gesprächen in Zagreb die volle Unterstützung der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag für einen EU-Beitritt bekräftigt.

Koschyk kam mit Staatspräsident Stjepan Mesic, Ministerpräsident Dr. Ivo Sanader und Parlamentspräsident Vladimir Šeks zu politischen Gesprächen zusammen.

Dabei wurde er von seinen kroatischen Gesprächspartnern über den Stand der Beitrittsverhandlungen ausführlich unterrichtet. Koschyk verwies in Zagreb darauf, dass auch im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Kroatien ausdrücklich begrüßt worden ist.

Die CSU unterstütze den Beitrittswunsch Kroatiens nachdrücklich, da Kroatien und Bayern über besondere enge Verbindungen verfügen.

Wenn Kroatien, so der CSU-Politiker, die Beitrittsbedingungen erfüllt, wäre ein zügiger Abschluss der Verhandlungen wünschenswert. Ein EU-Mitglied Kroatien, so Koschyk, werde für die Europäische Union sowie für den Stabilisierungsprozess im



**Gemeinsam für einen EU-Beitritt Kroatiens:
Der kroatische Staatspräsident, Stjepan Mesic, und Hartmut Koschyk MdB**



Der kroatische Ministerpräsident Dr. Ivo Sanader (l.) und Hartmut Koschyk MdB

Daten Kroatien

*Hauptstadt: Zagreb (691 700 Einwohner)
Fläche: 56 594 km²
Bevölkerung: 4,508 Mio. Einwohner
Wachstumsrate des BIP: 4,3%
BSP/Kopf: 6590 \$
Hauptausfuhrländer: Italien (26,7%),
Bosnien-Herzegowina (14,4%), Deutschland (11,9%)
Hauptlieferländer: Italien (18,1%), Deutschland (15,6%),
Slowenien (7,4%)*

Südosten Europas ein großer Gewinn sein. Koschyk dankte der kroatischen Führung für deren Engagement zur Friedenssicherung in Afghanistan.

Die Tatsache, dass kroatische Soldaten innerhalb des deutschen Kontingents in Afghanistan einen Beitrag zur Stabilisierung des Landes leisteten, sei von großem Symbolwert.

Hartmut Koschyk nominiert Schülerin aus Creußen für USA-Patenschaftsprogramm
Pia Bauernschmitt wird „eine gute Botschafterin unseres Landes“ sein


Pia Bauernschmitt zusammen mit ihrem „Paten“ Hartmut Koschyk, ihrer Mutter Christine Bauernschmitt und den Bürgermeistern Harald Mild (Creußen) und Manfred Thümmel (Pegnitz)

Pia Bauernschmitt selbst konnte es kaum fassen, dass sie aus den etwa 15 Bewerberinnen und Bewerbern um ein Stipendium des Parlamentarischen Patenschaftsprogramms mit den USA ausgewählt wurde. „Ich wollte, seitdem ich von diesem Projekt gehört habe, unbedingt erfolgreich sein und für ein Jahr nach Amerika.“

Das gemeinsame Patenschaftsprogramm

des Kongresses der Vereinigten Staaten von Amerika und des Deutschen Bundestages wurde 1983 aus Anlass des 300. Jahrestages der ersten deutschen Einwanderung in Nordamerika ins Leben gerufen. Das Programm soll der jungen Generation in beiden Ländern die Bedeutung freundschaftlicher Zusammenarbeit, die auf gemeinsamen politischen und kulturellen Wertvorstellungen

beruht, auf anschauliche Weise vermitteln. Im Programmjahr 2006/2007 nehmen insgesamt rund 400 Schüler und junge Berufstätige teil, die ein Jahr lang in den USA leben und dort die High School bzw. ein Community College besuchen. Im Gegenzug halten sich junge Amerikanerinnen und Amerikaner in Deutschland auf.

Hartmut Koschyk MdB hat sich für die 16-jährige Schülerin des Gymnasiums Pegnitz entschieden, da sie beim anspruchsvollen Auswahlverfahren die notwendige Aufgeschlossenheit und Selbstständigkeit bewiesen hat. Zudem verfügt sie über sehr gute Englisch-Kenntnisse. Pia ist sich sicher, dass dieses Jahr des „American Way of Life“ für ihren weiteren Lebensweg von großer Bedeutung sein wird.

Hartmut Koschyk war sichtlich erfreut, der Schülerin aus Creußen das Auslandsschuljahr ermöglichen zu können: „Der Aufenthalt in den USA wird Pia zahlreiche neue Eindrücke verschaffen, die sowohl für ihre schulische als auch für ihre persönliche Entwicklung sicherlich sehr wichtig sein werden.“

Koschyk gibt Pia Bauernschmitt die Bitte mit auf den Weg, sich selbst in den USA als „Botschafterin der jungen Generation in Deutschland“ zu verstehen. Im August beginnt die spannende Reise.

Jahresempfang des BdV
Die Bundeskanzlerin bekennt sich zu den Anliegen der Vertriebenen


Rund 400 Gäste aus der Politik und dem öffentlichen Leben spendeten Bundeskanzlerin Angela Merkel für ihre Rede anlässlich des Jahresempfanges des Bundes der Vertriebenen im Opernpalais in Berlin lang anhaltenden Applaus. Die Bundeskanzlerin würdigte in ihrer Ansprache die Leistungen des BdV für die Belange der Heimatvertriebenen und im Einsatz für grenzüberschreitenden Verständigung und Versöhnung. Auch kündigte Merkel ihre persönliche Unterstützung für eine Gedenkeinrichtung in Berlin zum Thema Vertreibung an.

Starken Beifall für die Rede der Bundeskanzlerin spendeten: Die Präsidentin des BdV, Erika Steinbach MdB, der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Hartmut Koschyk MdB; der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder MdB sowie der ehemalige Chef des Bundespräsidialamtes, Staatssekretär a.D. Dr. Michael Jansen.

Saisonarbeitskräfte

Lösung bei Saisonarbeiten gefunden

„Dem großen Einsatz von Bundesminister Horst Seehofer MdB und der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag ist es zu verdanken, dass noch rechtzeitig vor Beginn der Erntezeit eine Lösung gefunden worden ist“, erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Hartmut Koschyk. Um die Versorgung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe mit Erntehelfern sicherzustellen, soll künftig die Anwendung der Eckpunktregelung zur Beschäftigung ausländischer Saisonarbeitskräfte flexibler gehandhabt werden sollte. Koschyk hatte von Beginn gefordert, dass den berechtigten Interessen der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe Rechnung getragen werden müsse. Können Betriebe plausibel belegen, dass sich der Bedarf an Saisonarbeitskräften gegenüber dem Jahr 2005 durch Betriebserweiterung erhöht hat, sollen die Arbeitsagenturen in diesen Fällen flexibel auf den Mehrbedarf reagieren. Härtefalllösungen kommen in solchen Fällen in Betracht, in denen trotz nachdrücklicher seriöser Anstrengungen aller Seiten ein Anteil von 10 Prozent inländischer Arbeitskräfte nicht erreicht werden kann. „Auch wenn die Eckpunktregelung

zum Einsatz von Saisonarbeitskräften im Grundsatz unverändert bleibt, lässt diese



CSU-Landesgruppenchef Peter Ramsauer, Parlamentarischer Geschäftsführer der Landesgruppe Hartmut Koschyk, Bundesminister Horst Seehofer und der stellvertr. Landesgruppenvorsitzende Max Straubinger MdB

Flexibilisierung den örtlichen Arbeitsagenturen genügend Spielraum, um den land-

wirtschaftlichen Sonderkulturbetrieben ausreichend Arbeitskräfte zur Verfügung stellen zu können“, so Koschyk. Ein Monitoring soll letztendlich darüber eine Aussage erlauben, ob die erforderliche Zahl von inländischen Saisonarbeitskräften erreicht werden kann oder ob Änderungen schnellst-

möglich auf den Weg gebracht werden müssen.

Brückensanierung Schnabelwaid – Koschyk interveniert bei Bahnchef Mehdorn

„Die Deutsche Bahn darf sich nicht aus ihrer Verantwortung stehlen“

Bereits Anfang Dezember 2005 wandte sich der Bundestagsabgeordnete Hartmut Koschyk persönlich an Bahnchef Mehdorn und wies ihn auf den dringenden Handlungsbedarf bei der Sanierung der Bahnbrücke hin. Koschyk forderte in seinem Schreiben konkrete Schritte seitens der Bahn. Insbesondere forderte er eine Vorziehung der Elektrifizierung der betroffenen Strecke um im gleichen Zug die unaufschiebbare Sanierung zu realisieren. Da sich Mehdorn auf das Schreiben des Parlamentarischen Geschäftsführers der CSU-Landesgruppe nicht rührte, intervenierte Koschyk erneut. „Es kann nicht sein, dass angesichts von verunsicherten Fahrgästen der Chef des Unternehmens eine Politik der ruhigen Hand fährt“, unterstreicht Hartmut Koschyk seine Forderung, die Frage der Brückensanierung endlich zur Chefsache zu machen.

Der Bayreuther Bundestagsabgeordnete ist sich sicher, dass die Bahn große Gefahr läuft, das Vertrauen ihrer Kunden auf diese

Art zu verspielen. Für Koschyk ist klar: Im Interesse der Sicherheit ihrer Fahrgäste und ihrer Konkurrenzfähigkeit muss die Bahn jetzt aktiv für eine Beseitigung von Gefahrenstellen wie in Markt Schnabelwaid eintreten.

Die Antwort des Vorstandsvorsitzenden der Bahn AG ist für alle Beteiligten ernüchternd. Mehdorn führt in seinem Schreiben aus, „die DB AG als Wirtschaftsunternehmen kann nicht zur Entlastung der angespannten Haushaltslage der Marktgemeinde Schnabelwaid beitragen“ und weiter, „es handelt sich bei der Belastung um eine relativ kleine Finanzierungslücke“. Hartmut Koschyks Urteil über die Ausführungen Mehdorns ist eindeutig: „Angesichts seiner Wortwahl muss man annehmen, Herr Mehdorn hat die Maßstäbe aus den Augen verloren“. In Anbetracht der Haushaltslage Schnabelwaid klingen die Worte Mehdorns wie Hohn. „Man gewinnt den Eindruck, Herr Mehdorn sei der Meinung, die marode Brücke

gehe die Bahn nichts an“, so Koschyk. Mit Bedauerung attestiert Koschyk der Bahn in dieser Sache Kurzsichtigkeit und Zuwiderhandeln gegen eigene Interessen. Deshalb stellt der Abgeordnete unmissverständlich klar: „Die Deutsche Bahn darf sich nicht aus ihrer Verantwortung stehlen.“

Trotz der Höchstförderung des Freistaates Bayern verbliebe für die Marktgemeinde immer noch ein Eigenanteil, der angesichts der Haushaltssituation der Kommune nicht zu bewältigen ist. So müsste der Markt für die Preunersfelder Brücke weitere 416.000 Euro an Eigenmitteln aufbringen.

Koschyk hat das Problem bereits Bundesverkehrsminister Tiefensee vorgelegt und sichert Markt Schnabelwaid auch weiterhin seine Unterstützung in dieser Frage zu.

Leistungskurs des Richard-Wagner-Gymnasiums Bayreuth zu Besuch

Schülerinnen und Schüler diskutieren mit MdB Koschyk im Bundestag



MdB Hartmut Koschyk mit den Schülerinnen und Schülern des Richard-Wagner-Gymnasiums vor dem Plenarsaal im Reichstagsgebäude

Schülerinnen und Schüler des Leistungskurses Sozialkunde des Richard-Wagner-Gymnasiums Bayreuth trafen sich am Donnerstag zu einem Gespräch mit dem Bayreuther Bundestagsabgeordneten und Parlamentarischen Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, Hartmut Koschyk, im Reichstagsgebäude.

„Welche Aufgaben hat der Parlamentarische Geschäftsführer?“ „Wie ist die Stimmung in der Großen Koalition?“ – von den

Strukturen des Parlamentarismus bis hin zu aktuellen Themen reichten die Fragen der interessierten Jugendlichen. MdB Koschyk gab zu allen Bereichen umfassend Auskunft und erläuterte die Vorhaben und Ziele der Großen Koalition. „Die vielen Fragen zeigen, dass sich die jungen Menschen mit den aktuellen Problemen und Themen unseres Landes auseinandersetzen“, so Koschyk. Trotz seines engen Terminkalenders in Berlin nimmt sich der Abgeordnete immer wieder sehr gerne die Zeit, für den Aus-

tausch insbesondere mit Jugendlichen. „Die Sicht der Jugend, ihre Fragen und Anregungen sind unverzichtbare Impulse für ein zukunftsgerichtetes politisches Handeln“, betont Koschyk.

Nach der Diskussion stiegen die Schülerinnen und Schüler dem Parlament im wahrsten Sinne des Wortes aufs Dach und besichtigten die eindrucksvolle Kuppel des Reichstages.

Koschyks politische Korrespondenz

Politische Informationen aus erster Hand

Herausgeber: Hartmut Koschyk MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. (030) 227 - 73353
eMail hartmut.koschyk@bundestag.de

Wahlkreisbüro Bayreuth
Wölfelstraße 6
95444 Bayreuth
Tel. (0921) 76430 - 0
eMail hartmut.koschyk@wk.bundestag.de

Redaktion und Gestaltung:
Andreas Küffner
Paul Göttke